

Die Platz in Hof.

Sonderbündler und Franzosen. — Der Franke soll — Der Selbsthau.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.

Kaiserlautern, Ende November. Wir Pfälzer haben aber das, was in Berlin vor sich geht, ohne das wir sonst zu denen gehören, deren Parole 'Los von Berlin' ist, nur ein Kopfschütteln. Während wir hier bedrängt werden von Franzosen und Separatisten, während der Franke rollt und für ein Los vom Reich unaufrichtig Anhänger zu werden versucht, während uns die deutschen Währungsnoten wohl noch schlimmer prägen als die in anderen Gebieten des Vaterlandes (denn wir leben in der Klemme zwischen Franke und wertloser Papiermark, ohne werbefähiges deutsches Geld) — während hier jede Stunde eine Maßnahme mit der verantwortlichen Reichsleitung besteht, stellt man in Berlin Parteireben und spielt ein für die bedrohten Grenzgebiete rundes Spiel parteipolitischer Manöverkombinationen, die immer wieder plachten wie die Seifenblasen!

Man treibe keine Vogei-Strauß-Politik! 50 Prozent der Pfälzer Bevölkerung will von der Rheinischen Republik nichts wissen. Aber hinter der Bewegung steht Frankreich, steht ein Polnarc, stehen Bente, die den Franke rollen lassen und die Atmosphäre veräulen.

Man denkt heute auch in bürgerlichen und rechtsgerichteten Kreisen der Pfalz anders über den Sozialisteneinsatz und den Hoffmannschen Plan einer im Verbands des Deutschen Reiches autonomen Pfalz. Hätte man damals den Hoffmannschen Plan verwirklicht — vielleicht ständen die Dinge heute anders. Besser. Von Tag zu Tag mehrten sich die Anhänger dieser Idee; jetzt dürfte es zu spät sein.

Wie es kam, daß gerade in Kaiserlautern, wo kaum jemand an eine 'freie Pfalz' dachte, zuerst die 'freie Pfalz' ausgerufen wurde, obwohl hier der Selbsthau längst organisiert war? Einige Tage vor dem Angriff wurden von den Franzosen die Nachschauen planmäßig ausgehoben. Wer in der Nacht mit einem Stode angetroffen wurde, wurde verhaftet und inquisitorisch erprobt, zu welcher Organisation er gehörte. Nachdem auf diese Weise der Selbsthau lahmgelegt worden war, kamen dann die 'Gelben' der Rheinischen Republik, ferner bewaffnete Abteilungen der Menschheit, der als 'Separatisten' von den Franzosen beabachtet wird, und bestes das 'Reichsamt'. Bemerkenswert ist, daß in sämtlichen pfälzischen Bezirksämtern eine französische Delegation ist. Für die Separatisten war es also nirgendwo ein Kunststück, in die Bezirksämter einzudringen und dort die grün-weiß-rote Fahne zu hissen. Das Rathaus konnte nicht genommen werden, weil es von der Polizei besetzt war. Was geschah? Die Franzosen liehen die Polizei herauszolen, angeblich, damit sie Ordnungsbienst auf den Straßen tue, und kurz darauf sogen die Separatisten ein und hielten auch hier die grün-weiß-rote Fahne und machten einen frischen Pfaffmann zum Bürgermeister. Damit die Sonderbündler-Banden nicht vertrieben werden, verhängten die Franzosen Verkehrsperre von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Tagüber durchfuhr dieses Gefindel auf Kraftwagen die Stadt und hielt die Waffen schußbereit gegen die Bevölkerung. Dann 'eroberten' die Separatisten Neustadt a. d. Saardt, Bad Türkheim, Kirchheimbolanden und den Kreisungsdorf Deuer, was ihnen überall gelang.

Überall greifen die Franzosen für die 'Rechts' händler, die sich Sonderbündler nennen, ein. Dem Versuch, in Kaiserlautern Waren zu 'beschleunigen', widerstand sich die Menge. Die Sonderbündler erlitten Verluste. Da waren aber schon Franzosen zur Stelle, die dem Gefindel halfen. Die Bevölkerung wurde auseinandergetrieben. Als die Kaiserlauterner Wälder die Weidung brachten, General de Mev habe verordnet, daß die Separatisten zu entwaffnen seien, wurden sie wegen dieser Maßnahme für drei Tage verboten. (!)

Wenn es durch das innerpolitische Chaos in Berlin nicht mehr möglich sein sollte, die Unterhändler zu zahlen, dann sind wir hier verraten und verkauft. Dann lauten die Erwerbslosen in Schwärmen an den Separatisten über.

Nicht unbedenklich ist auch die Besinnungslosigkeitsfunktion eines Teils der Geschäftsleute. Der Inflationshype und also auch Pfälzer Kaufmann wird mit französischen Waren überhäuft. Deutsche Waren sind teurer und schwieriger zu erhalten, weil auf allen Waren aus dem unbesetzten Deutschland unerhöht hohe Zölle liegen. Die Besinnungslosigkeit für Autokäufe wird z. B. nur für französische Automobile gegeben, weshalb der Absatz deutscher Kraftfahrzeuge den Nullpunkt erreicht hat und die Autowertverfall auf den Betrieb französischer Fabrikate umzuwechseln beginnen. Auch deshalb der Nachschub an den besetzten Gebieten wird der Verkehr eines deutschen Wagens sehr unterschiedlich von dem eines französischen Wagens behandelt. So ist es in vielen anderen Dingen auch.

Polnarc und das ostpreussische Frankreich behauptet, nichts mit den Vorkriegsbesetzungen an tun zu haben. Paris behauptet, daß die Separatisten bemächtigt seien.

Wir aber leben taatlos, wie die Banden sich nur durch ihren mit ihrer schweren Bewaffnung angedeuteten, rücksichtslosen Terror halten können, wie die Franzosen mit ihnen ungeniert zusammenarbeiten, sie aus ihren Nestern bestreiten, sie mit Franke erschüttern und sie bestreiten.

Die Pfälzer haben die Franzosen und deren 'Liberte'

Serablendung der Steuern in Amerika. Washington, 10. Dez. In dem Antrag für das zwölfmonatige Budget, das heute dem Kongress zugestellt wurde, schlägt Präsident Coolidge eine Verabfolgung der Besteuerung um 200 Millionen Dollar vor und erhebt Einwendungen gegen den Plan einer Verabfolgung an normale Soldaten. Der Marinekommissar empfiehlt in seinem Jahresbericht an den Kongress für dieses Jahr die Ausgabe von 20 Millionen Dollar für die Instandhaltung der amerikanischen Flotte und den Bau von acht Kreuzern, drei Unterseebooten und sechs Ansonenbooten, sowie eine weitere Summe für die Verbesserung der Marinekämpfer und die Entwicklung des Marineinfanteries. (W. T. B.)

Starke Ausbau der englischen Kreuzerflotte. London, 10. Dez. Da die Washingtoner Beschlüsse den Bau von leichten Kreuzern unbeschränkt gelassen haben, hat die englische Regierung den weiteren Ausbau der leichten Kreuzerflotte beschlossen. Wie die englischen Zeitungen melden, ist der Bau von 17 Kreuzern beschlossen worden. 10 Kreuzer sollen noch Anfang Januar in Auftrag gegeben werden. Jeder Kreuzer wird 14 Millionen Pfund Sterling kosten. Die Gesamtkosten werden sich auf etwa 20 Millionen Pfund Sterling belaufen, wovon die Hälfte zu Rüstungen gebraucht wird.

Vor der Auflösung des italienischen Parlaments? Rom, 10. Dez. Nach einer Mitteilung der Agenzia Stefani wird die durch Mussolini erfolgte Schließung der parlamentarischen Session, wenn sie auch überraschend kommt, keinen sonderlichen Eindruck auf die öffentliche Meinung machen, zumal diese der Ansicht sei, daß die gegenwärtige Kammer die Stimmung des Landes nicht mehr zum Ausdruck bringe. Mussolini mit dem Jahresende ablaufende Vollmachten dürften ohne jede Schwierigkeit erneuert werden. Selbst seine hartnäckigsten Gegner, die Abgeordneten der katholischen Volkspartei, hätten bei ihrer letzten Zusammenkunft beschlossen, seine Vollmacht zu erneuern. Aber Mussolini habe sich nicht durch die Kammer, die nicht mehr das Vertrauen des Landes genoss, beschränken lassen wollen und habe die Schließung der parlamentarischen Session vorgezogen. In politischen Kreisen glaube man, daß ihr die Auflösung der Kammer folgen würde.

freigemieteten mit der Reichsregierung zur Berechnung der allmählich sich steigenden Goldmarken im ersten Dreivierteljahr 1924 die Frage, ob das Reich tatsächlich bis Juni 1923 in den Besitz der erhofften 700 Millionen Goldmark Wertsicherungsgeld und jene an sich schon recht bedenkliche Entlastung des Marktes der Wohnungsuchenden bewerkstelligen kann. Einst die Reichsregierung bis 1. Oktober 1924 erzielt, nehmen wir an um 20 Prozent, so ergibt sich zum genannten Termin für eine Wohnung im Jahreswerte von 600 Reichsmark nach den Angaben der Reichsregierung folgende Monatsmietenberechnung: 716 Milliarden (angenommene Reichsregierung für 1. Oktober 1924) mal 60 (27 Monatsmiete) = rund 36 Goldmark, also 14 Mark weniger, als vor dem Kriege für die betreffende Wohnung zu zahlen gewesen wäre. Dadurch würde sich natürlich auch das Reichsrenten aus der Reichsrente und damit die Bestimmungsfähigkeit des Reiches auf dem Baumarke um etwas verringern, die auch durch den Umstand beeinträchtigt wird, daß sich die Kosten für Baumaterialien usw. kaum in der gleichen Weise verringern werden wie die Lebenshaltungskosten, deren Index merkwürdigerweise dem Mietberechnungsverfahren zugrunde gelegt werden soll.

Man sieht, daß die Notverordnung, in der Form, in der sie geplant ist, auf ihren eigentlichen Zweck, die unmaßlos erforderliche Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen, nur sehr langsam und auf sehr verschlungenen Wegen zueht. Zu wünschen wäre gewesen, daß das Kabinett Marx gleich bei seiner ersten Maßnahme ganze Arbeit geleistet hätte, daß es unter größtmöglicher Einführung der vollen Vorkriegsmieten ausjählich des sonst allenthalben anerkannten Weltgoldwertmaßstabes den für die Vorkriegsmieten in Betracht kommenden Kreisen die Mißstände zur Einstellung von Wohnstätten gegeben hätte, oder daß es wenigstens die volle Summe der neuen Mietsteuer, wenn es diese nicht umsetzen zu können glaubte, dem Wohnungsbau zur Verfügung stellte.

Die Pläne des Kabinetts Marx.

Schwierigkeiten der Durchführung von Ausnahmebestimmungen.

Wachstumsrate unter Berliner Schriftleitung. Berlin, 10. Dez. Zu den Verordnungen, die die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes plant, will man in unterrichteten Kreisen wissen, daß die Steuererträge, die der sofortigen Beschaffung von Mitteln für das Reich dienen für die Landwirtschaft insofern eine besondere Bedeutung haben würde, als gerade für landwirtschaftliche Kreise ein finanzieller Einbruch bevorsteht, der ein ernstes Ereignis in der Vermögenssituation gleichkommen. Im Zusammenhang mit der Beschaffung finanzieller Mittel für das Reich wird auch die

Regelung des Mietwesens

erledigt werden, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß von den Friedensmieten ein erheblicher Prozentsatz, etwa 40 bis 50 Prozent, als Steuern abgeführt wird.

Der Beamtenabbau

Esse noch vor Weihnachten auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und auf Grund der vom Kabinett Stresemann schon beschlossenen Verordnungen eingeleitet werden. Doch kommt es bei der Beachtung dieser Angelegenheiten für das Kabinett Marx leicht Schwierigkeiten ergeben, da die verfassungsrechtlichen Grundzüge des neuen Ermächtigungsgesetzes für die Praxis große Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit sich bringen. Es läßt sich nicht ausbleiben, daß bei den außerordentlichen Schwierigkeiten, die für einzelne wirtschaftliche Gruppen und auch für die Beamten durch die Notverordnung der Regierung herbeigeführt werden, die Vertreter der Parteien im Reichstagsausschuß sich neuen maue Maßnahmen ausdrücken müssen. Auf jeden Fall würden die Meinungsverschiedenheiten insofern zu verfassungsrechtlichen Erörterungen und damit zu einer harten Demission der Arbeit der Regierung Anlaß geben, weil es gar nicht klar sei, ob die Fragen des Beamtenabbau, der Arbeitszeit und auch die Steuerfragen, sobald ein Eintrag in der Verfassungssache vorliegt, nicht auf eine Herabsetzung der Verfassung hinauslaufen und deshalb von diesem Ermächtigungsgesetz gar nicht geregelt werden können. Die Situation ist also für das Kabinett Marx durchaus nicht einfach. Die innerpolitische Debatte sei mit der Beratung des Reichstages nur aus dem Plenum in den Reichstagsausschuß verlegt worden.

Die Ansicht der Staatssekretäre über die Neuregelung der Beamtenbezüge.

Entgegen irreführenden Mitteilungen einer Berliner Zeitung über einen angeblichen Protest der Staatssekretäre gegen die neuen Beamtengehälter wird zur Neuordnung des Sachverhalts folgende protokolllarische Niederschrift über die in Betracht kommende Beratung der Staatssekretäre in den Reichsministerien veröffentlicht: Die in Aussicht genommenen Gehälter verlangen von dem Beamtenstand zweifellos ganz erhebliche Entbehrungen und Einschränkungen. Die auskömm-

liche Entlohnung der Beamten liegt aber im wohlverstandenen Interesse des Staates, sie allein bürgt für eine Fortführung der Staatsgeschäfte auf gesicherter Grundlage. Die Finanzlage gestattet es zurzeit leider nicht, die in Aussicht genommenen Bezüge in neuem Wert zu erhöhen, ohne die zur Rettung des Deutschen Reiches mit allen Mitteln anzustrebende Sanierung der Reichsfinanzen und die Erhaltung der Rentenkraft in ihrem Werte und damit den Bestand und die ganze Zukunft des Deutschen Reiches auf das schwerste zu gefährden. Die Erhaltung der Substanzkraft des Reiches ist aber im Interesse der Allgemeinheit sowohl, wie in demjenigen der Beamenschaft dringend geboten und allem anderen voranzustellen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Gewährung solcher verhältnismäßig geringen Bezüge an die Beamten, die in der Pflicht und Opferwilligkeit der Beamten die größten Anforderungen stellt; es muß aber darauf vertraut werden, daß der dem Staat bediensteten erfruchtweise imwohnende Idealismus, ihre selbstbewußte Pflichterfüllung und ihr Verantwortungsbewußtsein sie in den Stand setzen werden, die jenen schweren Zeiten ohne Obhut an ihrer Leistung, Willigkeit und Unerschütterlichkeit zu überleben. In der Hoffnung, daß die Verhältnisse in nicht zu ferne Zeit es gestatten werden, der Beamenschaft eine Besserung und Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu gewähren, ist die in Aussicht genommene Regelung vom Standpunkt einer geordneten Fortführung der Staatsgeschäfte zu ertragen."

Nachzahlung der Umsatzsteuer.

Die Umrechnung auf Goldmark.

Berlin, 10. Dez. W. T. B. verbreitet folgendes: Infolge der Markentwertung im Oktober und November ist durch die Steuerreform die Umsatzsteuer auf Goldmark umgekehrt. Soweit bis 10. Dezember eine Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Umlage im November (siehe unten) geschehen ist, bedarf es keiner Nachzahlung. Nachzahlung erforderlich ist, falls die Umsatzsteuer in Gold markiert ist, wenn die Steuerpflichtigen bis 18. Dezember ihre für die Novemberumlage geleistete Vorauszahlung wiederholen. Bei dieser Wiederholung ist derselbe Goldmarkbetrag zu entrichten, der dem Goldwerte der geleisteten Vorauszahlung entspricht. Die Steuerpflichtigen, die dieses Verfahren nicht wählen wollen, haben bis 18. Dezember eine ersäuernde Voranmeldung und Vorauszahlung abzugeben. Hierbei ist zwischen Steuerpflichtigen zu unterscheiden, die im November Umlage auf Wertarbeit und Umlage auf Umlage geführt haben und den Umlage. Der Steuerpflichtige hat bereits in der Voranmeldung für November die Vorauszahlung auf Grund des in Goldmark berechneten Umlages in Papiermark angegeben. Dieser Betrag ist nunmehr unter Zugrundelegung des Umlageausgleiches für die Reichssteuer auf Zahlungslage in Goldmark umzurechnen. Sind Umlage auf wertbeibehaltender Grundlage nicht geführt, so ist der Goldbetrag für die Novemberumlage unter Zugrundelegung des Preisberechnungsfaktors für November zu ermitteln, wobei der Umlageausgleich 500 Milliarden Mark beträgt.

Die Wirkung der deutschen Stabilisierungsmaßnahmen auf das Ausland.

Eine englische Stimme über die Finanzpolitik Dr. Schachts.

London, 10. Dez. "Daily Telegraph" schreibt zu dem Steigen der Mark im Ausland: Unter den Finanzministern der Gegenwart herrscht die Überzeugung, daß der Währungsminister Dr. Schacht ein kompliziertes finanzielles Spiel mit beträchtlichem Scharfsinn erfolgreich anstellt.

Man glaube, daß Dr. Schacht auf die automatische Stabilisierung der Mark im Verhältnis zu einer Goldmark an einer billigen Papiermark binziele, indem er Bedingungen schafft, unter denen der Handel in ausländischen Währungen von selbst ein solches Verhältnis aufrechterhalte.

Abgesehen von der unmittelbaren Wirkung des Steigens der Mark, nämlich der Ermüdung des deutschen Volkes durch Verabfolgung der Weisse, habe diese Politik eine weitere sehr belliamme Wirkung gehabt und kleinere Schäden, die so viel dazu beigetragen hätten, die Mark zu schwächen, indem sie ihre Gewinne in ausländische Währungen umzuwandeln begannen, fürcht zu empfinden. Ihre Schicksalfrage nicht nur seine Linsen, sondern sei jetzt auch von der Antwortung bedroht. Wenn die Mark im Ausland steigt, so könne sie auch in Deutschland steigen, und wenn sie sich zu lange an ihren Preis klammern, so könnten sie mehr verlieren als die Äußer, auf die sie jetzt verzichtet. Infolgedessen begannen diese Leute bereits ihre auswärtigen Banknoten auszugeben und sie in Goldmark oder Goldanteile umzuwandeln. Dr. Schachts bisherige Erfolge an der Wiederherstellung des Hauptforderndes an einer Rückkehr der finanziellen Unabhängigkeit, nämlich des Vertrauens des deutschen Volkes zu seiner eigenen Währung, seien erkennbar gewesen.

50 prozentige Ermäßigung für Schüler*innen und Zeitschriften in der Weihnachtszeit.

Berlin, 10. Dez. Für die bevorstehenden Weihnachtsferien werden die Schülerferienkarten, die Zeitschriften, Arbeiter- und Schülerzeitungen, Zeitschriften um 50 % im Preise ermäßigt. Zur Durchführung der Maßnahme werden als Schülerferienkarten halbe Plätze Fahrkarten 2. und 4. Klasse ausgegeben, die mit dem

Stempel "Mädchert" versehen werden und in Verbindung mit dem entsprechenden auslaufenden Antrag auf Ein- und Rückfahrt gelten. (W. T. B.)

Die Reichsschulden werden nicht aufgewertet!

(Wachstumsrate unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 10. Dezember. Das bekannte Urteil des Reichsgerichts in der Frage der Hypothekenaufwertung hat vielfach eine Auslegung erfahren, die zum Teil ganz die vorstehenden Formulierungen des Reichsgerichts außer Acht läßt. Insbesondere ist auch die Meinung aufgefunden, daß infolge dieser Entscheidung auch die Schulden des Reiches und der Länder aus der Zeit des Krieges und der Vorkriegszeit aufgewertet würden. Damit wäre aber die Tragweite der Entscheidung bei weitem überschätzt. Es war vorzuziehen, daß insbesondere die Reichsfinanzverwaltung dieser Bewegung gegenüber nicht unklar bleiben würde. In der Tat scheint man auch im Reichsfinanzministerium Schritte zu planen, um ihr entgegenzutreten.

Eine Aufwertung der Reichsschulden und der Schulden der übrigen öffentlich rechtlichen Verbände dürfte unter keinen Umständen in Frage kommen.

Man glaubt aber auch, daß die private Wirtschaft einen derartigen Aufwertungsprozess nicht vertragen könnte. Außerdem würde er auch mit schwebenden Steuerplänen, insbesondere der beabsichtigten Mietsteuer in Konflikt geraten. Welche Schritte demgegenüber ergriffen werden, steht noch nicht fest.

Der Hypothekenaufwärtler-Schubverband für das Deutsche Reich. Ein Berlin, der Anfang dieses Jahres gegründet wurde, hatte am Sonntag an einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um gegen ein beabsichtigtes öffentliches Verbot der Aufwertung der Hypotheken Stellung zu nehmen.

Ausland der Telegraphenangelegten in Oesterreich.

Wien, 10. Dez. In ganz Oesterreich ist heute der Ausbruch der Telegraphen-, Telefon- und Postangelegten ausgebrochen. (W. T. B.)

Die Münchner Putschvorgänge.

Sillers Rechtsbeistand über Siller und Kahr.

Berlin, 10. Dez. In einer vom „A. T.“ veröffentlichten Darstellung des Rechtsbeistandes Sillers, Vöhrners und Friedl, Rechtsanwalts Koder, der des Generalstaatskommissariats gegenüber, heißt es u. a.:

Siller hat kein Ehrenwort gegeben. Kahr's Behauptung, Siller sei am 8. November bei ihm gewesen, ist falsch. (Anmerkung des Generalstaatskommissariats: Nicht Siller, sondern Oberleutnant Kriebel, der militärische Führer des Kampfbundes, war anwesend.)

Bei den wiederholten Besprechungen mit v. Vossow und v. Seisser vor dem 8. November sprach Siller gegenüber den anderen Personen davon, sie selbst seien zum Loslösen bereit und würden gegen Berlin marschieren. Der Plan wurde im einzelnen besprochen und festgelegt. (Anmerkung des Generalstaatskommissariats: Vossow und Seisser bekannten sich zu dem Ziele der Gewinnung einer scharfen nationalen Reichsregierung, bezeichneten es aber als parlamentarische Abenteuer, eine solche Regierung von Bayern aus unter Sillers und Ludendorffs Führung durch einen Marsch nach Berlin erzwingen zu wollen. Dies Siller bereitwillig zu machen, war der Hauptzweck der Unterredung Vossows und Seissers mit ihm.)

Ueber den Putsch sagt Rechtsanwält Koder: Siller war am dem betreffenden Abend um 8 Uhr allein im Bürgerbräuhaus. Um 10 Uhr kamen 15 Mann, bewaffnet mit Pistolen. Jüdischer Mann stellte Siller an den Saalaustritt, mit drei Mann Schritt er zum Rednerpult und ersuchte Kahr, Vossow und Seisser, in den Nebenraum zu kommen. Dort gab Siller seinen Revolver ab. Er hat keinen der Herren auch nur eine Sekunde mit dem Revolver bedroht, und versichert ihnen, es seien nur vollendete Tatsachen geschaffen worden, um ihnen die Uebernahme ihrer Ämter zu erleichtern, und hat sie, die ihnen schon früher ausgedachten Ämter zu übernehmen. (Das Generalstaatskommissariat wiederholt demgegenüber die offizielle Version.) Ludendorff, nach dem Siller geschickt hatte, erschien später im Nebenraum und erklärte, er sei zwar überrascht durch die Tat, habe sich aber der nationalen Sache zur

Verfügung. Als Erster sollte Vossow dem Beschießer Ludendorff die Hand entgegen. Darauf freute sich Oberst Seisser Ludendorffs Willensäußerung in den Nebenraum geföhrt worden, versicherte Siller, von Zwang sei nicht die Rede. Er führte dann allein in den Hauptsaal zurück und verließ die Versammlung unter allgemeinem Beifall die Absegnung der Regierung Anklage und Ebert. Bei Sillers Rückkehr in den Nebenraum erklärte Kahr, ehrlich überzeugt und ergriffen, er sei bereit, als Statthalter des Reichs das Amt eines Landesverweisers anzunehmen. Siller erklärte sich einverstanden, worauf ihm Kahr zur Bestätigung des Beschlusses minutenlang die Hand gab. Nachdem die Herren vorübergehend im Hauptsaal gewesen waren, unterließ sich Kahr im Nebenraum über die Bildung der neuen bayerischen Regierung und schickte Polizeirat Friedl als Polizeipräsidenten vor. (Anmerkung des Generalstaatskommissariats: Jede Verlegung muß im einzelnen dem Strafverfahren vorbehalten bleiben. Kahr, Vossow und Seisser wurden unter Zwang gehalten.)

Siller behauptete weiter, Kahr habe nachts von 12 bis 12 Uhr Vöhrner und Friedl bei sich empfangen und sie für den nächsten Morgen bereit zu machen gebeten. Demgegenüber verweist das Generalstaatskommissariat auf die Zwangslage, in der sich Kahr befunden habe und darauf, daß Vöhrner und Friedl noch in der gleichen Nacht verhaftet worden seien. (A. T. V.)

Einschneidende bayerische Maßnahmen gegen den Getreidehandel.

München, 10. Dez. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Auf Grund einer Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums hat der Generalstaatskommissar sofort die Schließung sämtlicher Getreidehandlungen im rechtsrheinischen Bayern infolge der bisherigen unangünstigen Preisbildungen angeordnet. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und in einem Mindestmaß von 100 Goldmark bestraft, sowie der Getreidebestand und die Zahlungsmittel, mit denen gegen die Anordnung verstoßen wird, beschlagnahmt. (A. T. V.)

Derliches und Sächsisches.

Weitere Herabsetzung der Brotpreise. Vom gestrigen Montag an folgte ein Vierpfundbrot erster Sorte 70 Goldpfennig, zweiter Sorte 65 Goldpfennig.

Die Erhebung der Vandeskulturrenten wird vorläufig eingestellt.

Mit Rücksicht auf das Urteil des Reichsgerichts über die Aufwertung der Hypotheken ist auch eine Aufwertung der Vandeskulturrenten zu erwarten. Nach einer Bekanntmachung in der „Zähl. Staatsztg.“ hat die Landes-kulturrentenkasse die Gemeinden ersucht, bis auf weiteres von der Erhebung der Vandeskulturrenten abzusehen. Behebt jemand auf Zahlung seiner Rente, so hat die Behörde die Zahlung zwar anzunehmen, aber die weiteren Rechte der Vandeskulturrentenkasse ausdrücklich vorzubehalten und dies in der Quittung zu vermerken.

Noch immer ungünstige Arbeitsmarktlage.

Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für die Woche vom 1. bis einschließlich 7. Dezember ein weiteres Nachlassen der Neumeldungen. Die Vermittlungsaussichten sind im allgemeinen noch immer unangünstig. Das Arbeitsnachweises hat in selbigen Jahren stets auch auf dem Arbeitsmarkt erhöhte Vermittlungstätigkeit zur Folge hatte, in diesem Jahre bisher im allgemeinen ohne jeden Einfluß geblieben. Eine leichte Besserung ist nur insofern zu verzeichnen, als zahlreiche Selbstmeldungen zu früheren Arbeitgebern stattfanden. Die Erfahrungen, die bisher mit der Ausführung von Pflichtarbeiten gemacht wurden, sind als befriedigend anzusehen. Als Pflichtarbeiten wurden Schneefeldreinigung, Erd- und Gussarbeiten, einige Transporte und Schreib- und Regalierarbeiten bei Behörden angewiesen.

Neue großzügige Hilfsaktion der Lutherner Amerikaner.

Das Nationale Luthersche Konzil, das schon wiederholt die luthersche Landestheile Deutschlands, besonders deren Liebestätigkeit tatkräftig unterstützt hat, stellt auf neue beachtliche Mittel zur Verfügung. Für Sachsen ist eine Summe von etwa 2000 Dollar bestimmt, außerdem 800 Lebensmittelpfunden zu je 50 Pfund und etwa 50 Ballen getragene Kleider zu je 2½ Zentner. Die Spenden gehen zur Hälfte in die Anstalten der Inneren Mission, zur anderen Hälfte werden sie frei verteilt unter Mitwirkung der Kirchenfreie und der Pfarrämter. Ueber die Verteilung in Sachsen entscheidet ein Ausschuss, der sich zusammensetzt aus Geh. Konsistorialrat Dampf, Vorsitzender, Generalleutnant Barth als Vertreter der Anstalten, Hauptmann Wagner als Finanzbeirat und Pfarrer Wendelin als Schriftführer. Ueber die Verteilung der jetzigen Summe ist bereits verfügt. Außerdem sieht zu erwarten, daß von der gleichen Seite von Anfang Januar 1924 an 2000 bis 3000 Portionen täglich an Volkshilfsleistungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Spenden sind um so dankbarer zu betrachten, als sie durchaus nicht in erster Linie aus deutschamerikanischen Kreisen kommen, sondern gegeben werden, um Mitmenschen in ihrer großen Not zu helfen. Sie sind ausdrücklich als „Samariterdienst“ bezeichnet worden und die Geber verbinden damit die Bitte, daß unser Volk die Kraft finde, in dieser schweren Zeit auszuhalten. Ausdrücklich sei auch hier wieder darauf aufmerksam gemacht, daß es zwecklos ist, Gutes unmittelbar nach Amerika zu richten; diese werden ausnahmslos zurückgegeben.

Bezirksversammlung Dresden-Neustadt.

Am Montag fand im Verhandlungslokal der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt eine öffentliche Bezirksversammlung statt, der auch Kreisamtspräsident Buch beizwohnte. Nach Eröffnung der Verhandlungen führte der Vorsitzende Lagerhalter Kamp aus, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Bezirks trotz der unklaren Zeittage sich in gesundem und geordneten Bahnen bewegt haben. Amtshauptmann Dr. de Guceberg berichtete sodann über die

Unterbringung von 885 Rhein- und Ruhrkindern

In der Zeit von Juni bis Oktober dieses Jahres. Die Kinder sind von der Landwirtschaft sehr gut versorgt worden. Der Amtshauptmann dankte ihr dafür. Es folgte ein Bericht über die

Herausgabe von Reichsb.

durch den Bezirk. Insgesamt sind 8 Millionen Scheine im Umlauf von 602000 Millionen Mark ausgegeben worden. Jeder Schein ist gedeckt. Das

Rinderheim Heideberg

in Oberthmsitz ist durch ein Wirtschaftsgelände erweitert worden. Die Kosten belaufen sich auf 11700 Goldmark. Ferner ist eine Abteilung für Säuglinge und für Kleinkinder eingerichtet worden. Finanziell hat sich das Heim entgegen dem

Niederworsitz, das von der Adnigin Carolina seinerzeit gestiftet wurde, in immer größerer Schwierigkeit geraten. Nach Vereinbarung mit Gg. v. Tümping und General Ulrich

Der Fall Hoffmann in der Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Dez. Ein für die leitenden Größen der Sozialdemokratie unangenehm peinlicher Fall hat sich in Berlin ereignet. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor wenigen Tagen den Abgeordneten Wilhelm Hoffmann aus der Fraktion ausgeschlossen, weil er der Fraktionsanordnung zuwider gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte. Nun hat es am Sonnabend der Bezirksbeamtenrat der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins fertiggebracht, Hoffmann das Bezirksverordneter zu ernennen. Ein sozialistischer Stadtverordneter begründete den Vertrauensantrag damit, daß nicht Genosse Hoffmann Disziplinbruch begangen habe, sondern die Mehrheit der Reichstagsfraktion, die für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe. Er sei am Abstimmungsstage im Reichstag bei Hoffmann gewesen und habe diesen im Auftrag der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine bestimmt, im Gegensatz zum Fraktionsbeschluss gegen das Ermächtigungsgesetz zu votieren. Der „Vorwärts“, der heute dieses für den Restfall seiner Partei mehr als deutlich sprechende Geschicklein mitteilen muß, bittet im Anschluß daran die Rezenten, die von ihrem Verstoß her an Disziplin gewöhnt sein müßten, inhielt, doch mit ihm die Stellungnahme des Bezirksbeamtenrates zu mißbilligen.

Lösung der Hamburger Gewerkschaften von den politischen Parteien.

Der „Vorwärts“ Groß-Hamburg. Hamburg, 10. Dez. Die Hamburger Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie sich politisch selbständig und von den bestehenden politischen Parteien unabhängig machen wollen. Den ersten Schritt auf diesem Wege soll die Herausgabe eines eigenen Organs bedeuten, das unter dem Titel „Der Vorwärts Groß-Hamburg“ erscheint und die wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten vertreten soll.

Der Antrag über die Demobilisierungs-Verordnungen.

Berlin, 10. Dez. Im Reichstagsbericht vom Sonnabend ist vermerkt worden, daß ein sozialdemokratischer Antrag betreffend die Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom Reichstag angenommen worden wäre, das trifft nicht zu. Es handelt sich lediglich um eine Entschlebung, durch die die Reichsregierung aufgefordert wird, die Demobilisierungsverordnungen wieder in Kraft zu setzen. Der Antrag ist einem Ausschuss zugegangen.

Die „toten Städte“ Nordafrikas.

Als ein „neuartiges Freilicht-Museum“, in dem die Ueberreste vergangener Zivilisationen aus mehr als zwei Jahrtausenden noch emporragen, bezeichnet Graf Baron de Byroel Nordafrika, dessen archaische Städte durch eine Expedition unter seiner Führung untersucht worden sind. In einem Vortrag vor der Londoner Geographischen Gesellschaft erzählte der Gelehrte von diesen „toten Städten“, in denen nacheinander Phönizier, Karthager, Römer, Griechen und Numidier, Byzantiner, Vandalen, Spanier und Araber eine eigenartige Kultur entfaltet. Der Mittelpunkt all dieser Forschungen ist die Ruinenstätte von Karthago, und zwar liegt nach der Ansicht Byrons die punische Stadt Karthago westlich und nicht östlich von dem römischen Karthago, das ein Jahrhundert später erbaut wurde. Man hofft, in der nächsten Zeit in Karthago mit Genehmigung der Franzosen eine „archaische Schule“ zu errichten, ähnlich wie in Rom und Athen, mit einem Museum und einer Bibliothek. Das Institut würde ein überreiches Forschungsgebiet finden.

Die erste englische Expedition galt den Ruinenstätten des Atlasgebirges, römischen, karthagischen und byzantinischen. In der Grotte eines mazedonischen Verfalls, die zum Teil wissenschaftlich untersucht, zum Teil nur fotografiert und gestiftet wurden. Die zweite Fahrt führte zu den Städten an der Grenze der Wüste Sahara im äußersten Osten von Tunis. Unter diesen befindet sich Wighathi, die einzige griechische Ruine von Tunis, gegenüber der Insel Jerba, dem lagunhaften Lande der antiken Lotodessa. Das alte Sousse u. a. wo die Reisenden sich einige Tage aufhielten, ist eine erstaunliche Ruinenstätte vollkommen unbekannter Ruinen. Die drei Tempel, die das Forum betreffen, bieten einen der großartigen Architekturdarstellungen. Von dieser „toten Stadt“ ging es im Kraftwagen nach Tebessa, der größten byzantinischen Festung der Welt. Hier hatte die dritte römische Legion unter Augustus ihr Quartier, um die römischen Provinzen Afrika gegen die kriegerischen Wüstenvölker zu schützen. Man betrat die Stadt durch einen grobartigen Triumphbogen mit reichem Stulpturenschmuck, und von diesem Bogen führt die Römische Straße, ein Bauwerk von besonderer Grobheit und Festigkeit, 300 km lang bis nach Karthago. Die Meilensteine stehen noch heute gerad: so wie vor zweitausend Jahren. Hier befinden sich auch die Ruinen der größten bekannten Basilika, deren Fassade und Mosaiken vortrefflich erhalten sind. Wenn man die frühesten Kirchen der Christenheit sehen will, muß man nach Nordafrika reisen. In Rom und anderwärts sind sie zerstört oder verfallend umgebaut, hier stehen sie noch mit ihren

Verhandlungen über Arbeitszeit und Tarifzwang.

Berlin, 9. Dez. Wie die Express-Korrespondenz erfährt, finden im Laufe der nächsten Woche innerhalb der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands Besprechungen über die Frage einer Revision des November-Abkommens von 1918 statt. Eine derartige Revision wird von Arbeitgeberseite mit der Begründung angestrebt, daß einzelne Bestimmungen dieses Abkommens durch die Gefährdung und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse als überholt bzw. unanwendbar betrachtet werden. Es wird in diesem Zusammenhang auf den Brief verwiesen, den seinerzeit Karl Benien und Vorhilfe gemeinsam an den Rat der Volksbeauftragten gerichtet haben. Es war damals ausgesprochen worden, daß der Reichstagsbeschluss für Deutschland nur dann tragbar sei, wenn auch in den übrigen Industriezweigen der Abschluß von Tarifverträgen gelangt. Es dreht sich also bei der Revision um die Frage der Arbeitszeit und ferner um den Tarifzwang. Der Tarifzwang ist nach der neuesten amtlichen Auslegung über die Schlichtungsaußenstellen anerkannt. Man befürchtet aber in Arbeitgeberkreisen, daß das Tarifzwang in einer Ueberverpflichtung führt, die nach Rückkehr zu den Verhältnissen untragbar ist. Im Laufe der nächsten Woche werden zunächst Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister stattfinden, welche einer vorbereitenden Klärung dienen sollen, nachdem bereits eine solche Klärung zwischen Interessen und Gewerkschaften stattgefunden hat, welche erkennen ließ, daß die Gewerkschaften der Fällung einer Frage der Revision des Novemberabkommens nicht grundsätzlich abgeneigt sind.

Neue Revolution in Mexiko.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 10. Dez. Nach Meldungen aus Veracruz ist in Mexiko eine neue Revolution ausgedroht. Neue Staaten haben ihre Autonomie proklamiert. Die Beamten der Zentralregierung wurden davoninsetzt. Der Kommandant der Streitkräfte im Osten von Mexiko, die Marine-truppen und die Truppen des Generals Sanchez haben sich auf die Seite der Rebellen geschlagen.

Eine weitere Meldung aus Mexiko besagt, Oregon habe im Kabinett erklärt, er werde den Zustand mit eiserner Faust unterdrücken. New York, 10. Dez. Aus El Paso wird berichtet, daß die Rebellen die Eisenbahnbrücke bei Canaco geiprennt haben, wodurch die unmittelbare Verbindung zwischen Suarez und Mexiko zerbrochen ist. (A. T. V.)

schlichen Formen, ihren Altären und Mosaiken zu Karthago, Hippo, Tipisa und Tebessa, ganz so wie damals, als Augustin und Tertullian hier predigten. Man könnte einen Gottesdienst halten von denselben Kanzen unter dem Scheine der antiken Lampen, die in den Nischen brannten vor fast 17 Jahrhunderten.

Eine eigenartige Anlage ist die Königsstadt Nulla Megalia, die von Dr. Carion im Auftrag der französischen Regierung erforscht worden ist. Die Bewohner dieser Stadt lebten im Winter über der Erde und genossen so die Sonne und das milde Klima der kalten Monate. In der Hitze des Sommers aber traten sie ihre Erholungsreisen nach ihren unterirdischen Palästen an, die immer kühl und angenehm waren. Jeder dieser unter der Erde liegenden Paläste hat seinen Namen nach dem Gegenstand der Hauptmalerarbeiten, wie a. B. „Palast des Bären“, „Palast der Pflanzen“ usw. Die nächsten Aufgaben bestehen in der Ausgrabung der Grabungen, die de Vautre in Karthago begonnen hat. Im Tempel der Tanit wurden bereits zahlreiche Urnen, Inschriften und Reliquiare gefunden. Die Urnen enthielten die Ueberreste von Kindern von vier Monaten bis zwölf Jahren, schauerliche Zeugnisse der Kinderopfer, die der Göttin dargebracht wurden. Jedenfalls verdienen die „toten Städte“ von Nordafrika die Aufmerksamkeit aller derer, denen Dante und Augustin mehr als Namen sind.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Die Bohème“ (58); Schauspielhaus: „Die Weber“ (7); Reichstheater Schauspielhaus: „Blauvögelchen“ (58); Residenz-Theater: „Der letzte Walzer“ (58); Neues Theater: „Geschlossene Vorhänge“.

† Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus. Die Einbildung der Eintrittskarten zum nächsten A. und zum nächsten B-Konzert an die Anrechtshaber gegen Vorlegung der Anrechtkarte und der bei der ersten Nachzahlung erhaltenen Eintrittskarte und gegen eine Nachzahlung in der bereits bekanntgegebenen Höhe hat heute und morgen in der Zeit von 1/2 bis 1/2 Uhr an den Opernhauskassen zu erfolgen.

Die Rolle der Wimi in der heutigen Vorstellung „Die Bohème“ singt zum ersten Male Eisa Sillner, welche, um die Aufführung zu ermöglichen, die Partie in kurzer Zeit übernommen hat. Die Rolle des Alcindor singt zum ersten Male Heinrich Lehner.

Morgen, Mittwoch, 12. Dez. 1923, „Bidelto“ mit Voder, Carl Berton (Don Plazto, als Gak), Vogelstrom, Bieder.

Rottmann, Rosina, Lange. Musikalische Leitung: Strieker; Spielleitung: Toller.

Schauspielhaus. Morgen, Mittwoch, 12. Dezember (Kreuzstreich A), die Komödie „Griß am Wald“ von Max Noth mit Decarli, Marion Necker, Ferner, Meiselsch, Paulsen, Wener, Jenu Schaffer in den Hauptrollen. Spielleitung: W. H. H. Anfang 1/2 Uhr.

† Verband Sächs. Musikal. Direktoren. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Musik-Akademie, Herdringstraße 6.

† Deutscher Gewerkschaften, Ortsgruppe Dresden. Mittwoch, 12. Dezember, 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn Prof. Dr. Reuther von der Technischen Hochschule über das Museum von Ostia (mit Lichtbildern).

† Die Volkshochschule gibt nächsten Freitag, den 14. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Vereinshaus ihr Weihnachtskonzert. Dirigent: Musikdirektor Johannes Reichert. Mitwirkende sind: Ethel Selig, Paula Burger-Zemmer, C. Weigerüberleben, Melanie Bauer-Nick, Gertr. Paulis, Alfred Kungsh, u. a. kommen zum Vortrag: „Das Tränenreglein“, von Georg Schumann; der 22. Psalm von Psalm; Arien und Lieder. Einige Eintrittskarten für den öffentlichen Verkauf bei Hies. Eintritt 21.

† Veranstaltungen. Heute Dienstag 7 1/2 Uhr im Gewerkschafts-Haus: Einiges Violin-Konzert von Adolf Busch. Mitwirkende: Mitglieder der Staatskapelle. Dirigent: Generalmusikdirektor Fritz Busch; Rud. Zerklin (Klavier), A. Bräunling (Violine). Programm: Bach: 5. Brandenburg. Konzert für Klavier, Violine und Cello; Mozart: Violin-Konzert A-Dur; Beethoven: Violin-Konzert A-Dur. — Im Palmengarten: Klavierabend 8 Uhr.

† In der Hauptversammlung des Sächsischen Kunstvereins wurden die jahresgemäß auscheidenden Mitglieder des Vorstandes, Oberbürgermeister Bläber, Professor Dörck und Walter Otto Lange, wiedergewählt. Waidhauer Villa wurde ausgetauscht. Im letzten Vereinsjahre wurden 158 Kunstwerke verkauft und 45 Auktionen abgelaufen.

† „Berlische Kunst.“ Das Kunstschlagwort „Verismus“, das längst eine literarische Bedeutung in der Musikgeschichte hat, versucht Dr. Paul Herd. Schmidt in einem Vortrage der „Neuen Kunst“ auf eine der vielen Pflanzen-erfahrungen der modernen Kunst anzuwenden. Er nannte Berlische einige verspätete Nachfolger der Räte Rollwag und Hellmüller, die in den letzten Jahren eine oft verblüffend naturalistische, oft aber demüthig fassierende Darstellung für Glend, Hammer, Krankeil, Schmutz gefunden haben. Es handelt sich den Malern Dir, George Grosz, Griebel, Schlichter, Scholz nicht um ein Kunstproblem, sondern um ein Menschheitsproblem. Wie der sogenannte „Expressionismus“ des Ausdruck des menschlichen Empfindens gewesen sei (eine Unterscheidung zwischen wirklichem und „locomotivem“ Empfinden)

Nr. 342 Dresdner Nachrichten, 11. Dez. 1923 Seite 3

Deutsche Volksbildung in Gefahr.

Unter dieser Überschrift schreibt uns der Vizepräsident des Dresdner Lehrervereins: „Es hat kaum eine Zeit gegeben, in der sich die Öffentlichkeit so sehr mit Schulproblemen beschäftigt hat, wie die Gegenwart. Und das ist verständlich. Die Schule kann und will nicht eine Erhardt, aus der Vergangenheit unverändert überlieferte Einrichtung sein, wenn sich alles in gärender Umwälzung befindet. Dem hat unser höchstes Parlament Rechnung getragen, indem es oft und gründlich Schulfragen behandelt. Das es auf dem Gebiete des allgemeinen Schulwesens in Sachen wesentlich vorwärts gegangen ist, beweisen schon folgende Errungenschaften: Staatschule, Ordnung der Volksschule, Mädchenberufsschule. Jetzt aber stehen wir vor einer drohenden und unheilvollen Gefahr, herausbewiesen durch das Beamtenabbaugesetz und seine Wirkungen auf Schule und Volksbildung.“

Nachdränge bedeutend herabgesetzt und die Lehrer mit einer Stundenzahl überhäuft werden, die eine Gesamtumverteilung jedes Lehrers gegenüber der letzten unbillig aus der Höhe hätte, die seinem Lehrer mehr die Arbeit in Jugendwohlfahrtsbüros, die Zusammenarbeit mit Schulpflegerinnen und Elternräten ermöglichte und daher diese Einrichtungen aus der Welt schaffte. Die Betreuung des einzelnen wäre nicht mehr möglich, die Schulzeit ohne Wiedererlangung der allseitig abgeschafften Prüfungsstufe nicht mehr aufrecht zu erhalten. An die Stelle persönlicher Beziehungen zwischen Lehrer und Kind müßte der Mechanismus der Prüfungsleistungen treten. Mithin müßte man die bisherigen Bedingungen, an die die Wirkung geistiger Kraft gebunden ist, dann läßt man zugleich den aktiveren Arbeiter, man macht ihn unproduktiv; er schämt sich durch seine Inaktivität, seinen Mangel an innerem Schwung und an Trost im Innern werden dem Leben nieder. Auf diese Folgen falscher Sparbarkeit hat der Senat der Universität Leipzig schon 1923 öffentlich hingewiesen. Oesterreich ist und den dornenvollen Weg des Beamtenabbaues vorausgegangen. In dem Besinne die Hälfte der österreichischen Lehrer beschaffenden Wien, dessen Schulwesen von weltbildenden Männern geleitet wird, bemühte man sich um Wohle der Schule mit dem Ausscheiden der 250 Lehrkräfte (von 10.855), die freiwillig dem Berufsamt in Höhe von 50 Prozent der persönlichen Ausgaben auskosten waren, so daß die Durchschnittsschülerzahl für eine Klasse in Wien jetzt 28 gegenüber 47 im Jahre 1914 beträgt und kein Lehrer abnormmäßig entlassen wurde.

Würde der von der Reichsregierung geforderte 20-prozentige Abbau schematisch auf die Schule übertragen, so wäre die Folge, daß in Sachsen etwa 4000 Volksschullehrer aus dem Amte zu scheiden hätten. Diese an und für sich gewiß schmerzliche Tatsache wäre aber kein genügender Grund, daß das Volk in seiner Gesamtheit sich wehre. Aber hier fehlt mehr auf dem Spiele, als das Schicksal vieler Einzelner. Es handelt sich jetzt um das Wohl und Wehe des gesamten Volkes. Vielmehr ist es möglich, daß mit diesen Entlassungen Ersparnisse gemacht werden könnten, obwohl die entlassenen Beamten Ruhegehalt bekommen müssen. Wenn separat werden kann, dann aber ganz sicher nur für die nächsten Tage und zum Nachteile unserer Jugend. Noch immer sind auf dem Gebiete der Jugendberufshilfe alle Maßnahmen fastig gewesen, die nicht auf lange Sicht einwirkten. Für und Erwachsene der Gegenwart ist kein großer Aufschwung mehr zu erhoffen, ihn kann nur das Kind erleben. Das Kind, dem Krieg und Nachkriegszeit körperliche, geistige und sittliche Wunden geschlagen haben. Schon wer nicht alles tut, diese Wunden zu heilen, verurteilt sich am deutschen Volkstum, schmälert den letzten Rest, der uns geblieben. Das Abbaugesetz aber würde zu den alten neue Wunden schlagen. Entliche man in Sachsen ein Viertel aller Lehrkräfte, so müßten die Klassen überfüllt, die Wochenstundenzahlen der

Rechnung müßten sich die Verhältnisse in Sachsen regeln lassen, wenn ein volksbildungsförderlicher Verband mit demselben Weltblick an die Lösung herangeht. Der Beschluß des Reichstages gibt ihm ein Recht dazu: „Bei der notwendigen Einschränkung der Ausgaben des Reiches die große Bedeutung der Pflege von Kultur und Volkswohlfahrt und geistiger und körperlicher Auszubildender für die Erhaltung der nationalen Kraft im Auge zu behalten. Die diesem Zwecke dienenden Mittel dürfen erst in letzter Linie den Rücksichten der Ersparnis unterworfen werden.“

Der Steuerabzug.

Vom Landesfinanzamt wird mitgeteilt: Die Verhältnisse bei der Ermäßigungen beim Steuerabzug von Arbeitslohn betragen vom 1. Dezember 1923 an unverändert wie in der Vorwoche das achtundertfünfzigste deutsche der in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesen Ermäßigungsätze. Die Wochenermäßigungen berechnen sich hiernach für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf 148.880 Millionen Mark, für jedes minderjährige Kind auf 97.200 Millionen Mark und für Berufstätigen auf 1224 Milliarden Mark. Der im Wege des Steuerabzugs einbehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Milliarden nach unten abzurunden.

III das Geschäftsvereinfachung?

Man schreibt uns: Welche Fortschritte wir auf diesem Gebiete gemacht haben, möge nachstehender Fall zeigen: Bekanntlich hat das Reichsfinanzministerium den Arbeitsbeschäftigten eine Steuerermäßigung entsprechend ihrer prozentualen Erwerbshöhe festgesetzt. Um in den Genuss dieser Vergünstigung zu kommen, ging man bis jetzt mit seinem Rentenbescheid und seiner Steuerkarte nach dem Finanzamt, wo ein Beamter den Rentenbescheid prüfte und die Ermäßigung auf der Steuerkarte vermerkte. Dieses Verfahren war sehr einfach. Ein Gang nach dem Finanzamt und dort ein Beamter genügt. Heute ist das anders: Seit einer Bekanntmachung des Finanzamtes hat der Arbeitsbeschäftigte sein Gehalt bei der örtlichen Arbeiterfürsorge einzureichen. Dort erhält er einen Schein zum Ausfüllen, den er nach diesem mit seinem Rentenbescheid dort abgibt. Eine Benachrichtigung und Rückgabe des Rentenbescheides erfolgt durch das Finanzamt. Man stelle sich vor: Ein Beamter beim Ortsamt, eine Kraft, die die ganzen Gehälter des Finanzamtes zuführt, dort Prüfung der Gehälter. Dann Benachrichtigung des Geschäftsführers. Abgehen von der Arbeitskarte, daß eine ganze Anzahl Rentenbescheide abhandeln kommen. Kräfteverhältnis 1:4.

— Weitere Ausbreitung bei der Staatspolizei. Außer dem Oberregierungsrat beim Polizeipräsidium Dresden wieder ist der Oberregierungsrat bei der Staatspolizeiverwaltung Rößig vom Militärbeschäftigten bis auf weiteres seines Amtes enthoben worden. — Veränderungen im Bereiche der Landeindarmerie. Dem neuerrichteten Gendarmerie-Bezirk Rausa werden neuerer Bestimmungen zufolge nicht Ledwits mit Rüdern, sondern nur der Ortsteil Rüdern zugeteilt, während der Ort Ledwitz beim Gendarmerie-Kommissariat Niederschütz verbleibt. Weiter werden die Orte Klippen dem Gendarmerie-Bezirk Rausa und Gundersdorf dem Gendarmerie-Bezirk Dautewitz zugeteilt. — Teilungsverbote. Die sozialdemokratische Volksaktion für das Vogtland ist vom Reichswehrbeschle-

haber auf drei Tage (vom 10. bis 12. d. M. einschließlich) verboten worden. Die Zeitung hat in letzter Zeit in verschiedenen Nummern bei Berichten über das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen sich der Beleidigung der Truppe schuldig gemacht. Insbesondere hat sie in einer Notiz über den Selbstmord eines ungarischen Offiziers die Offiziere der Reichswehr beleidigt.

— Spende für die Kinderhilfe. Die Firma Ernst Götting, Weich- und Wollwarenhaus, Breite Straße 16, spendete dem Dresdner Lehrerverein für die Kinderhilfe 300 Paar wollene Kinder-Handschuhe, die am Sonntag von der Firma an die bedürftigsten Kinder von ziemlich hundert Schulen der Stadt verteilt wurden.

— Bischöfliches Gymnasium. Der Elternausschuß des Bischöflichen Gymnasiums hat nachstehende Entschlüsse gefaßt und dem Ministerium für Volksbildung eingereicht:

Der Elternausschuß des Bischöflichen Gymnasiums hat von den Rentenabgaben zur Umgestaltung des höheren Schulwesens Kenntnis genommen. Ohne sich notwendigen Reformen und weiteren Verbesserungen entgegenstellen zu wollen, sieht er jedoch in dem bekannt gewordenen Entwurf einer Unterabgabe der Grundbesitzer in Form einer Vermögenssteuer, die unter den verschiedenen Vorschlägen die nationalen Gütern eines der wichtigsten, halten wir durch die Pläne der schlesischen Regierung für schwer befürwortet, die notwendige Ausbildung eines genügend vorbereiteten Nachwuchses für die rein geistig arbeitenden Berufe in Frage gestellt. Wir fordern, daß der Elternausschuß bei der geplanten Veränderung ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.

— Schwere Unfälle an der Kuppelbrücke. Am Sonntag nachmittag ließ ein mit 9000 Kentner Aufer beladener, auf der Fahrt von Aulitz nach Hamburg begriffener Kahn der Vereinten Elektrizitätsgesellschaften A.G. auf dem zweiten Mühlflüßel Strompfeiler der Kuppelbrücke auf. Infolge der starken Strömung war der Anprall so heftig, daß der Kahn fast vollständig zerbrach. Er lag auf dem Rücken der Kuppelbrücke auf der rechten Seite auf vor den ersten Strompfeiler. Da es nicht möglich war, den Kahn wegzuschleppen, mußte ein anderes Fahrzeug herangezogen werden, das mittels Oberwasser mit der Entladung des Kahnraums befaßt war. Das Wasser war aber bereits in den Kahnraum eingedrungen und hatte den Kahn bis zum Verberd gefüllt. Der Schaden ist, wie wir hören, durch Versicherung abgedeckt.

Mulento - Holzschiff - Rauberapparat
für den stärksten Bart!
Warnung: Die acht Klängen a. Mulento entspr. Überall erhältlich. Lesen Sie das neue Heft „Ratschläge für Selbststrahler“, w. gratis u. franko versandt wird. Mulento - Werk, Gollingen. Fabrikationsort: Stahlwagnersdorf Herrfurth. Dresden, Gr. Brüdergasse 42. Preis 6 Rentenmark, Extra-Qual. in 8 Stiel 8 Rentenmark.

In die Verwaltung auf den Bezirk übergegangen. Es ist ein Bedürfnis für die Erhaltung des Vermögens vorhanden. Das Vermögen trägt sich zurzeit, nachdem die Verfallenslage entsprechend geregelt worden sind. Aus dem Verichte über die

Finanzlage des Bezirks
ging hervor, daß das Vermögen sich nicht vermindert hat. Die Einkünfte sind auf der Höhe geblieben worden. Es wurde das **Rinderheim** eingeleitet

erworben und ausgeschaltet, Kohlen und Lebensmittel sind vorhanden. Aus dem Erlös des Holzgeldes hat sich der Bezirk einen kleinen Aktienbesitz angeeignet. Eine Anzahl Gemeinden, die ihre Zahlungen hätten einstellen müssen, ist durch kurzfristige Darlehen unterstützt worden. Der Bezirk hat alles getan, um seine sozialen Aufgaben zu erfüllen. Ten Gemeinden wurden u. a. Mitbewilligungen für Rinderheimleistungen bewilligt. Nach kurzer Aussprache erfolgte gegen drei Stimmen die Genehmigung der Vorlage über Erhebung einer **Zusatzsteuer zur Gewerbesteuer.**

Durch das Gesetz zur Verringerung der Gewerbesteuer vom 19. Juli 1923 sollen die bisherigen Aufschläge der Gemeinden und Bezirksverbände weg und als Erlös wird eine eigene Zusatzsteuer eingeführt, die von den Gemeinden und Bezirksverbänden nach Hundertsätzen der für den Staat veranlagten Gewerbesteuer zu erheben ist. Diese Steuer darf nicht weniger als 100 und nicht mehr als 300 v. H. der Staatssteuer betragen. Nicht so stark ist die Verabschiedung der **Bezirksgetränksteuer**

vor sich. Gebelmer Rat Dr. W. Bach, Oberbürgermeister, wandte sich gegen die Einbeziehung des Einheitsbieres in die Vorlage. Der Gemeindevorstand Danz, Niederbürgermeister, stellte den Antrag, den Anteil der Gemeinden von 20 v. H. zu erhöhen, da schon die Einheitsbiersteuer, die den Gemeinden auferlegt, erheblich seien. Der Amtshauptmann sprach dagegen, da es wichtig ist, den Bezirk durch eine große Steuer von den Umfragen unabhängig zu machen. Von anderen Rednern wurde der Antrag Danz bestritten; die Gemeinden seien nicht überfordert. Gebelmer Rat Dr. W. Bach betonte hierbei, daß die Gemeinden mit Arbeiten für andere Körperschaften überlastet seien. Weiter wurde vorgeschlagen, auch die alkoholfreien Getränke und den Kaffee zu besteuern, um dem Bezirksverband die Zustimmung zu einem höheren Gemeindeanteil zu ermöglichen. Die Anträge Danz und Bach wurden gegen wenige Stimmen angenommen. Im übrigen wurde der Entwurf in der vorliegenden Fassung genehmigt. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde der Haushaltsplan für das letzte Quartal des Rechnungsjahres 1923/24 beraten. Der Plan ist zum ersten Male in Goldmark aufgestellt. Der Amtshauptmann berichtet, daß man sich große Einschränkungen habe auferlegen müssen. Die Bezirksumlage von 80000 Mk. bedeute eine ziemlich Belastung für die Gemeinden. Der Haushaltsplan wurde genehmigt. Ferner wurden die Kosten für die Einführung der Berufsvermittlung bewilligt, da dies einem dringenden Bedürfnis entspreche.

Städtische Wärmestuben.

Dem Antrage der Stadtverordneten entsprechend, hat der Rat 18 über das ganze Stadtgebiet verteilte Wärmestuben eingerichtet, um den Winterbedürftigen, Alten und Kleinkindern, die sich keine warme Stube herstellen können, Gelegenheit zum Aufenthalt in einem erwärmten Räume zu geben. Es befinden sich Wärmestuben:

- Altenheim 9, im händischen Obdach;
- Waisenhausstraße 6, Schanzwischstraße von Schulze;
- Städtische Waisenhaus, Alleestraße 22, Schanzwischstraße „Stadt Amsterdam“;
- Stadionsplatz 10, Alleestraße 12;
- Christi Heubach, Marktplan 14, Hinterhaus, Erdgeschoss;
- Schulzestraße 51, Schanzwischstraße von Scheller;
- Augustburger Straße 4, Fabrikarbeiterwohnheim;
- Alteplan 12;
- Alteplan 10, Annenstraße;
- Bernerstraße 28, 1. Obergeschoss, Zimmer 8;
- Am See 3, Speisekammer von Preuß;
- in den Parksbeimen des Vereins Volkswohl Annenstraße 4, Verreistraße 12 und Königbrüder Straße 21;
- Sorauerstraße 9, Speisekammer des Bezirksvereins Johannstraße;
- Ellenstraße 54, Speisekammer von Richard Pohl;
- Waisenhaus 31, Wärmestube des Frauenvereins der Martin-Luther-Gemeinde;
- Schanzwischstraße 2, 14, Volkshäute, Zimmer 8.

Die Verhältnisse der Wärmestuben sind an den Wärmestuben angegeben. Verzeichnisse sind nicht. Weiter werden die Wärmestuben bisher nur wenig benutzt, was vielleicht daran liegt, daß diese gelegentliche Einrichtung noch nicht allgemein bekannt ist. Die Unterhaltung der Wärmestuben verursacht der Stadt bei den hohen Kohlenpreisen ganz erhebliche Kosten, und es ist dringend erwünscht, daß von dieser Einrichtung recht ergiebig Gebrauch gemacht wird. Es sei jeder dem anderen und jeder jeder der besten Teile dafür, daß diese Wohlfahrtsanstalt in seinen Reihen bekannt wird. Denn die ungenutzte Benutzung der Wärmestuben müßte angenommen werden, daß ein Bedürfnis hierfür nicht besteht, und es müßte ihre Zahl wieder eingeschränkt werden.

nismus wurde nicht gegeben), so schiene nun das Pendel der Ausentwicklung wieder zu einer klaren Problemstellung aus; ob wir aus der Gemeinheit, in der wir alle stecken (1), herauskommen. Die romantischen Länder hätten sich diese Lösung auf formale Weise gesucht, im „Kontrastismus“ (sein „Namus“ muß es wohl sein, wenn sich die Kunstgelehrten verabschieden wollen) suchen sie einen neuen Raum für den neuen Menschen, der aber noch nicht da war. Nur in deutschen Künstler habe eine solche Erkenntnis, ein solcher Bah gegen das Etwas und das Brauen entstehen können, daß sie künstlerisch produktiv wurden. Von dieser produktiven Seite gelte die ausschließliche Gemäße und Graphiken nur vereinzelte Spuren. Die meisten zeigen Ironie oder gar Satire — Ironie und Satire sind aber nicht die Erfindungen des Genies, sie haben eine unverkennbare Beimischung von selbstiger Heberleinheit, wenigstens von persönlicher Kraftgefühl. Dr. Schmidt fand daher den Namen „Beridismus“ angeeignet, weil er an den „durchschnittlichen Genie der Kunst, in der die Welt sich im Spiegel sehen soll“, glaubt. Nach seiner Meinung ist sie mit ihrem all breiten Reflektieren an automatenhafter Darstellung des Typischen ein Ausdruck der antikulturnellen, antisozialistischen Stimmung unserer Zeit, die unverwundlich mit der Füge ohne alle Kunst die Wahrheit laien vollzieht. Tieren Eindruck konnte man noch eher von einem vom Portenenden verlesenen Gedichten von Brecht, Bronner und Mangelos haben, doch hätte der Redner der Hebergenauigkeit seines Glaubens an die Wahrheit mehr gemüht, wenn er das Exemptionsgedicht von Mangelos megalen hätte, denn es ist ironisch, fast „humoristisch“, wie die Mehrzahl der angeblich aus dem „Beridismus“ geborenen Bilder. K.-H.

† Helene Jodermann erzählte am Sonntag nachmittag vor kleinem Kreise Märchen, Rinderelme und allerhand Rindergeschichten so anmutig, feil, traulich und mit liebenswürdigem Humor, daß man keine Freude daran haben konnte. Obige Märchenpostle ward für ein, zwei Stunden nach, und Woch und Klein dankten der freundlichen Märchentante, die für eine Spanne Zeit in bessere Regionen führte. F. v. L.

† Uraufführung in Leipzig. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Uraufführung von Bertolt Brechts „Baal“ im Alten Theater wird eine denkwürdige Vorstellung bleiben, nicht allein des Stüdes, sondern besonders der begleitenden Nebennummern wegen. Es gab nämlich einen Theaterkandidat, wie er in Leipzig seit Menschengedenken nicht erlebt war. Für den, der das Buch kannte, war dieser Ausgang vorauszusagen. Brecht, der seit seinen „Trommeln in der Nacht“ eine Öffnung der deutschen Bühne ist, gibt in diesem wohl verregt entworfenen „Baal“ einen wüsten Reiz-

buriden, der rücksichtslos seinen ungehemmten Erleben folgt und nach kurzem Tadelndrausch und etwelchen Liebes- und Schnapstrinken elend dahinstirbt. Verloren Brecht will eines jenseitigen Schicksals hindern, der ganz in und mit der Natur lebt. Und wie Natur in diesem Stück, wie Himmel und Raffen, Erde und Wald geüben sind, davon klingt manches stark und linde Wort an unser Ohr. Auch zeigt die strobende Linie der Verionen bedeutende Gestaltungskraft. Aber wie dieser Dual über jedes Weib herrscht, wie sie sich zu ihm drängen, wie Liebe von Schmutz begleitet wird, das muß bald abstoßend wirken. Ein Drogenkessel schrankenlos wirkender Güte und Leidenschaft! Dazu kommen Robellen und Weidmochelkosten im Text, die das Publikum noch mehr aufkräftigen als die ungenüßliche Darstellung — kurz, man lasse in die Szene, man pflle, man trampelte, man Möhre Dialoge von Rang zu Rang. Bilder Kampf am Schluß, Beifall segte, Autor erschien oft. Anerkennung ist dem Direktor Dr. K. von der Höhe zu geben, der sich für das Werk eines jungen Talentes einsetzen zu müssen glaubte und es ungenüßlich lebendig in Szene setzte. In der Titelrolle zeigte sich Gotthard Röner wieder als Menschenbildner von Kraft und Ursprünglichkeit. Dr. L. S.

† Deutsche Dramatik in England. Georg Kaisers Drama „Was“ ist in der Uebersetzung von Schellauer zum ersten Male in englischer Sprache von dem Repertoir-Theater in Birmingham aufgeführt worden. Das Werk fand harten Beifall.

† Schinkel Dekorationen zur „Jahresfeier“. Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg wird Mozarts „Jahresfeier“ unter musikalischer Leitung des Generalmusikdirektors Leo Blech in seinen Spielplan aufnehmen. Die Probe der Inszenierung wurde in dem Sinne geleitet, daß man den Bühnenbildern die der heutigen Generation fast gänzlich unbekannt Dekorationenwürde von Gottfried Schinkel zurunde leute, die vor Jahrzehnten im Berliner Königl. Opernhaus benutzt worden sind.

† Ein Anruf der Deutschen Schillerkittana. Der Verwaltungsrat der Deutschen Schillerkittana wendet sich mit einem Anruf an die Öffentlichkeit, in dem es heißt: „Wir halten es für unsere unabweisbare Pflicht, wieder und wieder auf die noch immer heisende Not in den Kreisen der deutschen Dichter und Schriftsteller hinzuweisen. Es ist eine brennende Schande, die sich mit Würde und Fortschritt der deutschen Kultur nicht verträgt, daß die geistigen Erzeugnisse der deutschen Schriftwerke in immer abnehmenderen Fällen dem Druher preisgegeben sind. Mit Anspannung all ihrer Kräfte und Mittel vermag die Deutsche Schillerkittana, seit über 60 Jahren zum Wohle bedrängter deutscher Dichter und deren

Dinterbliebener wirkend, die immer dringenderen Hinweise ihrer Schutzobjekten kaum mit beschwerlicher Hilfe zu bewerkstelligen. Erneut richtet sie an die öffentlichen Stellen und an alle Freunde der deutschen Literatur im In- und Ausland die eindringliche Bitte, ihr in ihrem Hülfsverze beizustehen. Spenden, die diesem Zwecke dienen wollen, nimmt die Zentralstelle der Deutschen Schillerkittana (Konto: Bank für Thüringen, vorm. H. M. Strupp, Weimar, Volksbankkonto: Erfurt 25 778) dankbar entgegen.“

† Ausstellung deutscher Werkstudenten in Rom. Eine Lehrmaterial-Ausstellung deutscher Werkstudenten wurde in der Villa des Colosio Romano eröffnet. Professor Graf, der Entdecker des Malaria-Erregers, hielt die Eröffnungsvorrede. Der Unterrichtsminister Gentile bewies sein Interesse durch persönliches Erscheinen und eingehende Besichtigung. Ein erfreulicher Anlaß an den italienischen Schulen ist bereits gesichert. Die Ausstellung soll später im Haag und in Stockholm gezeigt werden.

† Der amerikanische Präsident als Vorkämpfer für humanistische Ideale. In einer Adresse an die Amerikanische Klasse die Liga hat der Präsident der Vereinigten Staaten einen Appell zum Studium der Klassiker erlassen. „Wir sind hier“, sagt er, „um einige der großen Wirklichkeiten des Lebens zu verteidigen. Wir müssen den Fortschritt für die Zukunft garantieren durch die Kenntnis des Fortschrittes in der Vergangenheit. Wir wollen unser Einverständnis mit jenen Idealen erklären, die die höchste Zivilisation auf der Erde bedingt haben. Wir glauben, daß der Welt der Freiheit der Dinge ist. Wir glauben, daß der einzige Weg der Freiheit in der Kenntnis der Wahrheit ruht. Die Menschheit hat sich ihre Klassiker geholt und wird sie immer haben. Immer ist die Frage gewesen und wird sein: Was sind diese Ideale? Wer sind unsere Klassiker? Durch viele Jahrhunderte waren die klassischen Literaturen die griechische und die römische. Es braucht keiner Beweise, um zu zeigen, daß es in der abendständlichen Gesellschaft keine höhere Kultur gibt, die nicht auf ihnen beruht.“ Coolidge befragt dann, was man heute die überlebens- und technische Erziehung bevorzugen, daß die Ziele des Lebens auf Handel und materielle Dinge eingeehrt sind. Wissenschaft und Wirtschaft müssen warten, aber sie müssen nicht herrschen, sondern beherrscht werden. Die Aufgabe unserer Erziehung ist die, in uns die großen Kräfte zu erwecken. Diese Kräfte hängen von unseren Idealen ab. Die höchste und reinste Quelle dieser Kräfte und Ideale ist der Einfluß der griechischen und römischen Klassiker gewesen. Denjenigen, die in Afrika an ihre Sprache, ihre Kunst und Wissenschaft glauben, werden unsere Kräfte und Ideale aufrechterhalten, wenn sie die Mächte aufrechterhalten, die sie heranzubringen haben.“

